



Berlin, 12. Februar 2010

Liebe Freunde,
meine Damen und Herren,

Eine kurze, dafür arbeitsreiche Woche in Berlin liegt hinter uns. Da etliche Kolleginnen und Kollegen aus den jecken Gegenden im Karneval aktiv sind, war die Sitzungswoche ausnahmsweise auf drei Tage zusammen gestrichen. Dafür war der Terminkalender aber auch von morgens bis spät am Abend randvoll. Um zu wissen, dass es nicht überall in der Koalition im Moment so spaßig ist wie gerade im Rheinland, brauche ich keine Umfragen oder Zeitungen zu lesen. Dazu genügt ein Blick in die Post oder Gespräche mit Freunden im Wahlkreis. Die Kritik hat mich in vielen Fällen nicht überrascht, auch ich hatte mir gewünscht, dass die ersten Monate mit der FDP auf der Regierungsbank reibungslos über die Bühne gehen würden. Auf die zurück gegangene Zustimmung der FDP-Wählerinnen und Wähler hat jetzt die Parteiführung in dieser Woche meiner Meinung nach richtig reagiert. Nachdem wir uns in den ersten Monaten von Kanzlerin Merkel haben ausbremsen lassen und viele Journalisten uns kübelweise Kritik über uns ausgeschüttet haben, hat die Fraktion jetzt gut Gas gegeben.

Die Koalitionsvorhaben sollen jetzt schneller als geplant konkretisiert werden, um Kritik durch konkrete Konzepte zu entkräften. Generalsekretär Christian Lindner hat am Dienstag mitgeteilt, dass schon im April die Liberalen auf dem Bundesparteitag Vorschläge vorlegen werden, um das Steuersystem fairer und einfacher zu gestalten. Eine Kommission unter Vorsitz der FDP-Fraktionsvorsitzenden Birgit Homburger wird die Reform der Gemeindefinanzen erörtern.

Neben vielen Herausforderungen, die die Koalition noch angehen muss, gab es vergangene Woche von der Fraktion einen Rückblick auf die ersten einhundert Tage der christlich-liberalen Koalition. Trotz einiger Schwierigkeiten, finde ich, dass sich die Bilanz an bestimmten Stellen sehen lassen kann:

Steuersenkungen und Entlastungspolitik

- Entlastung von Familien um insgesamt 4,6 Milliarden Euro
- Erhöhung des **Kindergeldes** um 20 Euro auf mindestens 184 Euro zum 01.01.2010
Familien mit kleinen und mittleren Einkommen werden um 4,2 Milliarden Euro entlastet
- Erhöhung des **Kinderfreibetrages** um 1.000 Euro auf 7.008 Euro zum 01.01.2010
Familien werden dadurch um 400 Millionen Euro entlastet

- Die **Erbschaftsteuerbelastung** für Geschwister, Nichten und Neffen ist gesunken
Je nach Umfang der Erbschaft liegt der Steuertarif bei 15 bis 43 Prozent. Bisher waren es – wie bei Nichtverwandten – 30 bis 50 Prozent
- **Wachstumsbremsen für Unternehmen** gelöst
Sofortabschreibung bis 410 Euro Anschaffungswert; mittelständische Unternehmen können Zinsaufwendungen besser steuerlich geltend machen; Unternehmen können Verluste wegen wirtschaftlicher Sanierungen steuerlich wieder besser geltend machen
- Verbesserte **Nachfolgeregelungen für Unternehmen**
Für Familienunternehmen gibt es Erleichterungen bei der Erbschaftsteuer

Arbeit und Soziales

- Verlängerung des **Kurzarbeitergeld** um bis zu 18 Monate
Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommen qualifizierter Beschäftigter
- Stabilisierung der Sozialsysteme durch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise
Beitragsätze zur Sozialversicherung bleiben stabil, Die Bundesagentur für Arbeit erhält einen Zuschuss von 16 Milliarden Euro und die gesetzlichen Krankenkassen erhält einen weiteren Zuschuss in Höhe von 3,9 Milliarden Euro (sog. automatische Stabilisatoren)
- Erhöhung des **Schonvermögens** beim ALG II
Schonvermögen für die private Altersvorsorge von ALG-II-Beziehern (HartzIV) von 250 auf 750 Euro/Lebensjahr erhöht. (Verfahren voraussichtlich Ende März abgeschlossen)
- Förderung von **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** an Unternehmen
(Kabinettsentwurf)
Arbeitnehmer sollen sich künftig jährlich mit bis zu 360 Euro ihres Entgeltes steuer- und abgabenfrei am Kapital ihres Arbeitgebers beteiligen können

Bildung

- Zusätzliche **Investition** von 12 Milliarden Euro für **Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen**
u.a. frühkindliche Bildung, berufliche Bildung, Hochschulen, Bafög-Erhöhung, nationales Stipendienprogramm
- 750 Millionen Euro für die Verbesserung der Qualität der Lehre an Hochschulen
- Bessere Anerkennung beruflicher Qualifikationen und Berufsabschlüsse aus dem Ausland (Eckpunktepapier)
Meilenstein für die Integration von Migranten und int. Studienaustausch

Außenpolitik

- Neues **Afghanistan-Konzept**
Stärkung des zivilen Ansatzes: Die Entwicklungshilfe für Afghanistan wird verdoppelt; Die Zahl der deutschen Ausbilder für die afghanischen Polizei- und Militärkräfte wird erhöht;

Die Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung soll ab 2011 beginnen und bis 2014 vollständig erfolgen

- Abzug der deutschen Marine vor der Küste Libanons zum 30.06.2010
Ende des Einsatzes im Rahmen UNIFIL auf Drängen der FDP
- Mehr Einsatz für **Menschenrechte** weltweit
u.a. Die Einhaltung der Menschenrechte stärker als bisher auch in die Entscheidung über Gewährung von Entwicklungshilfe zu knüpfen; Mehr Haushaltsmittel für die Einhaltung von Menschenrechten im BMZ

Finanzmarkt

- Regierungsentwurf zur Begrenzung der Manager-Boni
http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_53848/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Geld_und_Kredit/100209-gesetzesentwurf-angemessene-nachhaltige-verguetung.html

Innern- und Rechtspolitik

- Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozessordnung
Gleichstellung von Rechtsanwälten und Strafverteidigern mit einheitlichem Schutz vor staatlichen Ermittlungsverfahren (Aufhebung der vormaligen Unterscheidung zwischen Anwalt und Strafverteidiger)

Datenschutz und Bürgerrechte

- Verbesserter Datenschutz beim Elektronischen Entgeltnachweis (ELENA)
Nun werden nur noch solche Arbeitnehmerdaten gesammelt, die zwingend erforderlich sind, um die Beantragung von Sozialleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen

Gesundheitspolitik

- Einsetzung der Regierungskommission zur Überführung des bestehenden Ausgleichssystems in einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge und einen sozialen Ausgleich

Energie- und Umweltpolitik

- Gründung der **Nordsee-Offshore-Initiative** aller EU-Nordseeanrainerstaaten auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums
Die Stromnetze sollen modernisiert und umgestaltet werden, so dass die Offshore-Stromerzeugung zu einem Meilenstein auf dem Weg in das regenerative Zeitalter werden kann.
- Förderung Elektromobilität
Gründung einer gemeinsamen Geschäftsstelle Elektromobilität – Ziel: 1 Million Elektroautos bis 2020 in Deutschland
- Verlängerung und Ausweitung der **Rußpartikelfilter-Förderung**
Alte Regelung wäre zum 31.12.2009 ausgelaufen

- Steuererhöhung für Biokraftstoffe gestoppt
Verhinderung der von Schwarz-Rot beschlossenen Steuererhöhung für Rein-Biokraftstoffe zum 01.01.2010; Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurde zum 01.01.2010 die Sondersteuer auf Rein-Biokraftstoffe auf dem Stand des Jahres 2009 eingefroren
- Förderung von Biogasanlage über das Erneuerbare-Energien-Gesetz
Rückwirkende Wiederaufnahme in Förderung durch EEG und damit Rücknahmen der Position der schwarz-roten Vorgängerregierung
- schnellerer Abbau der Solarstromsubventionen

Ich bin sicher, auf diesen ersten Erfolgen wird sich die FDP nicht ausruhen.

Für mich begann diese Woche schon am Sonntag, mit der Sitzung des Bundessachausschusses BFA. Von dort aus fuhr ich zurück in unseren Wahlkreis, um am Montagabend beim Neujahrsempfang der Sparkasse Harburg-Buxtehude dabei zu sein. Der Dienstag war voll gepackt mit Sitzungen: Früh am Morgen tagten wir in der AG Familie, daran schlossen sich nahtlos die Sitzungen des Arbeitskreises VI, der Bundestagsfraktion und der Landesgruppe Niedersachsen an.

Mit Spannung habe ich am Dienstag die Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz IV-Regelsätzen für Kinder verfolgt. Mit diesem Urteilsspruch ist ein richtig dicker Stein ins Rollen gekommen. Denn die Richter haben – ähnlich wie es die FDP immer gesagt hat – bemängelt, dass die Berechnung der Hartz-IV-Sätze nicht ausreichend fundiert sei, die Sätze also willkürlich seien. Zum Urteil sind zwei Punkte anzumerken: 1. Kinder aus so genannten Bedarfsgemeinschaften müssen bessere Chancen erhalten. Im Landkreis Harburg leben rund 12. 000 Hartz-IV-Empfänger, davon sind nach Auskunft des Landkreises Harburg 4.100 Kinder. Für sie muss bei der Berechnung der staatlichen Unterstützung endlich Klarheit geschaffen werden. Als Mitglied der Kinderkommission des Bundestags habe ich gegenüber der Presse gefordert, dass Kinder von Langzeitarbeitslosen gezielt gefördert werden müssen, damit sie aus dem Teufelskreis Transferleistungen heraus kommen. Wir müssen verhindern, dass es von Jahr zu Jahr mehr Generationen von Familien gibt, die ständig auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Diese Menschen brauchen Perspektiven, hier herauszukommen und für sich selber zu sorgen.

2. Bei aller Einzelfallgerechtigkeit für Empfänger des Arbeitslosengeldes II müssen wir auch dafür sorgen, dass sich nicht die Leute, die das Land mit ihrer Arbeit am Laufen halten, fragen, warum sie mit ihren kleinen und mittleren Einkommen kaum mehr haben, als jemand, der nicht arbeitet. Es ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass Leistung sich lohnen muss. Das müssen wir bei der bevorstehenden Reform im Hinterkopf behalten.

Am Dienstagabend war ich zu Gast bei einer interessanten Veranstaltung über den Generationendialog und Altersbilder. Als seniorenpolitische Sprecherin ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass alte Menschen nicht zwangsweise aufs Abstellgleis gestellt werden, weder im Beruf noch in anderen Bereichen der Gesellschaft. Diese Auffassung teilt auch der bekannte Altersforscher Prof. Andreas Krause als

Hauptredner der Diskussionsveranstaltung in der Katholischen Akademie in der Nähe des Berliner Domes.

Am Mittwoch nahm ich am Festakt zum 20jährigen Bestehen der Kinderhospizbewegung teil. Über das Engagement vieler Ehrenamtlicher, die wesentlichen Anteil daran haben, dass schwerstkranke Kinder in Würde die letzten Lebensphase zusammen mit ihren Eltern und Geschwister in einem Hospiz verbringen können, bin ich beeindruckt. Die FDP-Bundestagsfraktion unterstützt die Arbeit der Hospizbewegung. Finanzielle Förderung durch den Gesetzgeber ist das eine, Solidarität der Gesellschaft ist genauso wichtig. Es gibt viele Wege, Eltern oder Geschwistern beizustehen und ihnen zu zeigen, dass sie nicht allein sind. Sterben darf kein Tabuthema sein. Sehr gefreut habe ich mich über eine mail, die unmittelbar nach Veröffentlichung meiner Presseerklärung hereinkam: FDP-Generalsekretär Christian Lindner hat mir gedankt, dass ich das Engagement der Hospize aufgegriffen habe. Er selber ist in Nordrhein-Westfalen federführend in der Hospizbewegung aktiv.

Eine gute Entscheidung fiel am Donnerstag in Brüssel: Ich bin sehr froh darüber, dass das Europäische Parlament weder vor den USA noch vor der EU-Kommission kuschelt. Das SWIFT-Abkommen war nicht akzeptabel und wurde völlig zu recht abgelehnt. Ausdrücklich danke ich den Abgeordneten von CDU und CSU im Europäischen Parlament, die sich anders als die Union in Berlin gegen das SWIFT-Abkommen gestemmt haben. Jetzt muss es gelingen, ein neues Abkommen zwischen der EU und den USA auszuhandeln, das die Persönlichkeitsrechte respektiert und Schutz vor Datenmissbrauch bietet.

Ich wünsche allen ein weiteres schönes winterliches Wochenende und grüße aus Berlin!

Eure/Ihre 